

Protokoll

Regionalgespräch mit der Region Uckermark-Barnim, 1. Dezember 2021, 10:00 bis 12:15 Uhr (ViKo)

10:00 – 10:15 Uhr	Begrüßung und Einführung zur REGIONALE durch Frau Ministerin und Chefin der Staatskanzlei Kathrin Schneider Die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie gratuliert der neuen Bürgermeisterin der Stadt Schwedt (Oder) zum Amtsantritt am heutigen Tag. Sie unterstreicht den Erfolg des Wachstumskernprozesses in den vergangenen 15 Jahren. Bestehende Projekte und Projektideen zu kleineren Projekten liefen auch zukünftig im normalen Arbeitsprozess weiter, auf diesen könne aufgebaut werden. Es gebe aber auch die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Regionalentwicklungspolitik. Das Motto der Regionalentwicklungspolitik „Stärken verbinden“ zeige, worum es zukünftig gehen solle – nämlich in überregional bedeutsamen Schlüsselvorhaben verschiedene Schlüsselakteure der Regionalentwicklung zusammen zu bringen. Diese Vorhaben sollten durch das Zusammenwirken von Region und Land besondere Wirkungskraft entfalten. Die Hauptstadtregion habe große Entwicklungschancen, deswegen werde die Regionalentwicklungsstrategie mit dem Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion verzahnt. Ein Beispiel für diese Verzahnung sei die Entwicklungsachse Berlin-Stettin. Es gehe bei der Regionalentwicklungsstrategie aber auch um die Einbindung des ländlichen Raumes. Bezüglich des Vorgehens mache die Landesregierung ein Angebot. Es sei aber an den regionalen Akteuren zu entscheiden, in welchen Strukturen sie arbeiten wollten. Ziel sei, im Sommer 2022 Schlüsselvorhaben dem Kabinett zur Beschlussfassung vorzulegen. Zur Begleitung des Prozesses sind die Ressorts der Landesregierung zu den Regionalgesprächen eingeladen. In Vorbereitung der Kabinettbefassung werden die von den Regionen vorgeschlagenen Schlüsselvorhaben zudem in der Interministeriellen Arbeitsgruppe erörtert. Herr Brentrop (Staatskanzlei, Abteilungsleiter Planung) begrüßt als Moderator des Regionalgesprächs ebenfalls die Anwesenden. Er gibt einen Ausblick auf die Tagesordnung.
10:15 – 11:15 Uhr	PROJEKTVORSTELLUNGEN Innovationscampus Schwedt auf der Entwicklungsachse Berlin-Stettin (Stadt Schwedt/Oder, Frau Bürgermeisterin Hoppe und Herr Pozdorecz) Frau Bürgermeisterin Hoppe (Schwedt/Oder) stellt das Vorhaben „Der Innovationscampus Schwedt auf der Entwicklungsachse Berlin-Stettin“ vor (siehe auch Präsentation). Sie unterstreicht die besondere Lage der Stadt Schwedt sowie der Region auf der Achse zwischen Berlin und Stettin. Ein wichtiges Achsenvorhaben sei die Wasserstoffregion Nordost. Ziel von Schwedt sei, Entwicklungsimpulse in die Region senden und der Ankerfunktion gerecht werden. Das gelte auch für das Vorhaben Innovationscampus Schwedt. Zu diesem Vorhaben laufe noch bis Anfang 2022 eine Machbarkeitsstudie. Danach solle über die nächsten Schritte entschieden werden. Parallel werde ein „Industriemanagement“ mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Regionalmanagement) entwickelt. In der Aussprache fragt Frau Knaack (LAG Uckermark) zu Antragstellung und Projekt-

	trägerschaft des Innovationscampus'. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Herr Frank) regt an, dass Stadt und Landkreis den Austausch zum Ministerium in Sachen Oberstufenzentrum suchen sollten. Das Ministerium sei dazu gerne bereit. Nachhaltiger Tourismus Uckermark (LAG Uckermark, Herr Resch) Herr Minister a.D. Resch erläutert, dass er seinen Vortrag auf konzeptionelle Fragen der Regionalentwicklungsstrategie ausrichten werde. Er weist darauf hin, dass eine an Achsen ausgerichtete Regionalentwicklung Teile der ländlichen Regionen nicht mitnehmen würde. Für diese sei die Frage der Mobilität in ländlichen Räumen ein zentrales Thema; erforderlich seien innovative Mobilitätskonzepte. In den Überlegungen zur Wasserstoffregion könne ein Anknüpfungspunkt für die ländlichen Räume bestehen. In der Aussprache weist die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei darauf hin, dass die von der Staatskanzlei erstellte Karte zur Achsenentwicklung nicht mit der Regionalentwicklungsstrategie gleichzusetzen sei. Sie sei vielmehr ein Angebot mit Bezug auf die Entwicklung der starken Verkehrsachsen, das durch die Einbeziehung der ländlichen Räume systematisch ergänzt werden kann und soll. Hierbei sei man aber auch auf Vorschläge der Regionen angewiesen. Sie ermuntert die Region, den Gedanken innovativer Mobilitätskonzepte weiterzudenken. Außerdem lädt sie unter Verweis auf die Anfänge des RWK-Ansatzes die ländlichen Regionen ein, sich mit Blick auf ihre Stärken in die Regionalentwicklungsstrategie einzubringen. Wasserstoffnutzung für ÖPNV und kommunalen Dienstleistungsbereich (Landkreis Barnim, Herr Lampe) Herr Lampe erläutert, dass sich die beiden Landkreise Barnim und Uckermark zur Wasserstofftechnologie bekannt hätten. Ziel sei nun, praktische Erfahrung zu gewinnen. Ein Umsetzer seien die Kreiswerke Barnim. In Verantwortung der Niederbarnimer Eisenbahn solle die Heidekrautbahn auf Wasserstoffantrieb umgestellt werden. Sukzessive würden Wasserstoffbusse in den ÖPNV eingebunden werden. Gleiches gelte für die Fahrzeuge der Abfallwirtschaft. Für das Vorhaben seien eine Projektstruktur und ein Lenkungskreis bereits vorhanden. Im nächsten Jahr würden Pilotprojekte starten. Sobald man mehr Erfahrungen gesammelt habe, sollten auch die Frage der Einbindung der ländlichen Räume sowie der Vorteil der Wasserstoffnutzung für die ländlichen Räume stärker in den Blick genommen werden.
11:30 – 12:30 Uhr	Diskussion über gemeinsame Ansätze für Schlüsselvorhaben In der Diskussion über gemeinsame Ansätze für Schlüsselvorhaben besteht Einigkeit, dass die o g Vorhaben - Entwicklungsachse Berlin-Stettin mit dem Innovationscampus Schwedt und der Wasserstoffregion als wichtigen Teilprojekten, innovative Mobilitätskonzepte in ländlichen Räumen - Kandidaten für Schlüsselvorhaben im Rahmen der Regionalentwicklung sein könnten. Herr Kather (RPG Uckermark-Barnim) weist ergänzend auf die Thematik Ortsentwicklung / leerstehende Gebäude hin. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit mehr umfassen dürfte als nur die Achse nach Stettin; auch hierin könne ein Schlüsselvorhaben bestehen.

	Frau Knaack erkundigt sich nach Anzahl und einer möglichen Förderpriorisierung der Schlüsselvorhaben. Herr Brentrup erläutert, dass bis zu fünf Schlüsselvorhaben eine gute Gesamtzahl seien. Wenn das Landeskabinett Vorhaben beschließe, würden diese im Rahmen der bestehenden Förderprogramme vorrangig behandelt. Bezüglich der Arbeitsstrukturen für mögliche Vorhaben informiert Frau Henze (RPG Uckermark-Barnim), dass es für das Thema Wasserstoff einen Zuwendungsbescheid im Rahmen des GRW-Regionalmanagements gebe. Formaler Zuwendungsempfänger sei der Landkreis Barnim. Die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei unterstreicht, dass solche Strukturen für die Regionalentwicklungsstrategie im Allgemeinen und die Achsenentwicklung im Besonderen wichtig seien; man wolle so weit wie möglich auf vorhandenen Strukturen aufbauen.
12:30 – 13:00 Uhr	Zusammenfassung und Ausblick Herr Brentrup informiert, dass die Staatskanzlei eine Zusammenfassung des Regionalgesprächs erstellen und diese zusammen mit vertiefenden Informationen zur Regionalentwicklungsstrategie (Handout) übersenden werde In Ihrem Schlusswort dankt die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei für den Austausch. Die Regionalentwicklungsstrategie sei bewusst als Prozess angelegt. Sie ermuntert die regionalen Akteure, sich auf diesen Prozess einzulassen und die Zusammenarbeit in der Region zu suchen. Gerne könne die Region entlang des heutigen Austausches ihre Überlegungen zu Schlüsselvorhaben voranbringen. Die diskutierten Ansätze dazu seien positiv gewesen, sie seien aber nicht abschließend. Wünschenswert wäre aus ihrer Sicht, dass sich die Regionalmanagements zur Regionalentwicklungsstrategie ins Verhältnis setzten. Die Staatskanzlei werde dazu auch das Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium suchen. Mutmaßlich ab Januar werde die Staatskanzlei ein Prozessmanagement Regionalentwicklung beauftragen, das die Regionen organisatorisch bei Schlüsselvorhaben und Arbeitsstrukturen unterstützen solle; das Prozessmanagement werde sich danach zeitnah den Regionen vorstellen. Nach der Abstimmung zwischen Regionen und Land zu möglichen Schlüsselvorhaben sei eine Bestätigung durch das Kabinett im Sommer 2022 angestrebt.